

Postulat Natalie Imboden (GB): Zwischenbericht Umsetzung Regierungsreform

Gestützt auf die Annahme der Volksinitiative „5 statt 7 Gemeinderatsmitglieder“ in der Volksabstimmung vom 8. Februar hat der Gemeinderat im Mai 2004 informiert, wie er ab 1. Januar 2005 die Regierungs- und Verwaltungsreform umsetzen will. Die Reorganisation der Direktionen und der Stadtverwaltung liegt in der Kompetenz der Exekutive. Dem Stadtrat obliegt gemäss GO Artikel 40 die Beaufsichtigung von Gemeinderat und Verwaltung.

Da mit der Reorganisation von 7 auf 5 Direktionen nicht nur die Generalsekretariate sondern die gesamte Verwaltung in erheblichem Masse betroffen sind, stellen sich aus der Sicht des Parlaments verschiedene Fragen:

1. Gemäss Information „RVR 2004-Flyer“ gibt es keine Entlassungen, aber Mitarbeitende müssen in andere Direktionen wechseln. Wie viele Mitarbeitende und auf welchen Hierarchiestufen sind davon betroffen?
2. Welches sind die zeitlichen Abläufe und wie sieht die Projektorganisation betreffend organisatorische Fragen (Raumfragen, Rechnungswesen, Informatik etc.) aus?
3. Welche personalrechtlichen Rahmenbedingungen bezüglich Besitzstandswahrung, Umplatzierung etc. kommen zur Anwendung?
4. Wird ein Personalbedarfsraster gemäss der Aufgabenverteilung vorgängig zu den Personalentscheiden erstellt?
5. Mit welchen Rahmenbedingungen und Kriterien wird die Reduktion der Stabsdienste durchgeführt?
6. Welche Auswirkungen hat die Reorganisation auf das PGB-Budget 2005 und deren parlamentarische Beratung ab Sommer 2004?
7. Ist aufgrund des Aufwands für die Reorganisation mit Mehrbelastungen des Personals zu rechnen?
8. Nach welchen Grundsätzen wird das Stadtplanungsamt auf die beiden Direktionen Präsidialdirektion PRD (Stadtentwicklung) und Tiefbau-, Verkehr- und Stadtgrün TVS aufgeteilt?
9. Wie wird die Zusammenarbeit der Bereiche Umwelt, Energie, Lokale Agenda 21 der SUE (Sicherheit, Umwelt und Energie) mit der Stadtentwicklung PRD und Entsorgung und Verkehr TVS gewährleistet?

All diese Fragen sind gemäss der Aufsichtspflicht aber auch der Budgetkompetenz des Stadtrats von Bedeutung. Der Gemeinderat wird daher aufgerufen, dem Stadtrat in einem Bericht insbesondere obige Fragen zu beantworten.

Bern, 17. Juni 2004

Postulat Natalie Imboden (GB), Michael Jordi, Martina Dvoracek, Catherine Weber, Simon Röthlisberger, Annemarie Sancar-Flückiger, Daniele Jenni, Peter Blaser

Antwort des Gemeinderats

Mit seinen Entscheiden zur Regierungs- und Verwaltungsreform 2004 hat der Gemeinderat die aufgrund der von den Stimmberechtigten angenommenen Initiative *5 statt 7 Gemeinderatsmitglieder* nötig gewordene Reorganisation in den wesentlichsten Teilen umgesetzt. Per 1. Januar 2005 steht eine handlungs- und startfähige Organisation, wenn auch noch nicht alle Umsetzungsarbeiten im Detail abgeschlossen sind. Die bisherigen Projektarbeiten verliefen somit aus Sicht des Gemeinderats erfolgreich.

Im Sinne einer umsichtigen Umsetzungsstrategie ist weiterhin ein pragmatisches Vorgehen angezeigt, um die neue Struktur nun gut zu verankern und weitere Aufbau- und Anpassungsarbeiten durchzuführen. Primär diesen Arbeiten gilt es, das nötige Augenmerk zu widmen.

Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 15. Dezember 2004

Der Gemeinderat